

# Bayern rief die Masken zurück, die Schweizer Armee verteilte sie

**Fragwürdige Aktion** Im Test schnitten die Hygienemasken «signifikant schlechter» ab. Dennoch gab die Armeepotheke Millionen davon ab. «Verantwortungslos», findet eine Expertin.

Christian Brönnimann

Die Armee sitzt bekanntlich auf Maskenbergen, die niemand will. Eingekauft zu Höchstpreisen zu Beginn der Pandemie, liegen sie nun tonnenweise in den Lagern und drohen zu verfallen. Um die Masken nicht zerstören zu müssen, startete die Armee vor knapp einem Jahr eine spezielle Aktion: Sie verkaufte Hygienemasken, die Millionen gekostet hatten, an Kantone, Gemeinden, Heime oder Schulen zum symbolischen Preis von einem Rappen pro Stück. Gemeinnützige Organisationen erhielten die Masken sogar gratis.

Doch nun zeigen Recherchen: In dieser Aktion brachte die Armeepotheke auch grosse Mengen an Hygienemasken von minderwertiger Qualität in Umlauf. Die Masken stammen von einer chinesischen Firma namens Sichuan Zhengning Medical Instrument Co. «WS Protection, Love Is Power» steht auf der Verpackung. Der Einkaufspreis im April 2020: 70 Rappen pro Stück.

Das Labor Spiez hatte die Masken zuvor getestet. Bei der wichtigsten Eigenschaft, der Durchlässigkeit des Vliesstoffes, schnitten sie «signifikant schlechter» ab als eine bewährte Standard-Referenzmaske. Im Test durchdrangen rund zwei- bis viermal mehr Partikel den Stoff dieser Maske als bei der Referenz- und den übrigen getesteten Masken. Das zeigt der Prüfbericht vom 11. Juni 2020, den die Armee auf Anfrage zugänglich gemacht hat.

## Armee hält Abnehmer geheim

Damit nicht genug: Schon eine Woche vor dem Test im Labor Spiez, am 5. Juni 2020, erliess das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit eine «Produktwarnung» für die «Love Is Power»-Maske. Darin steht: «Die Überprüfung bei einer zertifizierten Stelle hat ergeben, dass der Mund-Nasen-Schutz nicht die Norm EN 14683 erfüllt. Es handelt sich daher nicht um eine für den medizinischen Bereich geeigneten Mund-Nasen-Schutz. Aus diesem Grund werden die Masken zurückgerufen.» Eine Zusammenstellung des Lagerbestands der Armeepotheke zeigt, dass die Armee ab Februar



In den Lagern der Armee liegen Millionen Masken: Ein Spitalsoldat in der Kaserne Moudon VD im Frühling 2020. Foto: Philipp Schmidli (VBS)

2021 rund 3,3 Millionen Stück der «Love Is Power»-Masken in Umlauf brachte. Gemäss einer Medienmitteilung vom letzten Frühling gehörten auch Institutionen des «zivilen Gesundheitswesens» zu den Abnehmern. An wen genau welche Menge der fragwürdigen Hygienemasken ging, gibt die Armee auf Nachfrage nicht preis. Möglicherweise

kam ein Teil der 3,3 Millionen Masken auch bei der Armee selber zum Einsatz.

Margit Widmann ist Spezialistin für die Prüfung und Regulierung von Medizinprodukten und Masken. Sie hat die Messresultate des Labors Spiez für diese Zeitung analysiert. Ihr Fazit: «Es ist verantwortungslos und fahrlässig, diese Masken noch 2021

in Umlauf zu bringen.» Sie warnt: «Diese Masken können ein falsches Sicherheitsgefühl vermitteln.» Besonders unverständlich ist für Widmann der Zeitpunkt des Einsatzes der minderwertigen Masken. «2021 wären auf dem Markt längst wieder qualitativ gute Masken von seriösen Herstellern zu vernünftigen Preisen verfügbar gewesen.»

Armeesprecher Stefan Hofer verteidigt das Vorgehen: «Bei Medizinprodukten der Klasse I, unter welche auch Hygienemasken fallen, erklärt der Hersteller in Eigenverantwortung die Konformität seines Produktes.» Die Armeepotheke habe die Konformitätserklärung der «Love Is Power»-Masken «geprüft und für gut befunden».

Der Test im Labor Spiez sei lediglich eine «Vergleichsprüfung» gewesen. Damit habe die Armee «im Sinne einer Plausibilitätsprüfung» sicherstellen wollen, «dass tatsächlich qualitativ mindestens genügende Medizinprodukte geliefert wurden». Die Vergleichsprüfungen hätten «keine Aussagekraft bezüglich einer Normerfüllung oder der Qualität eines Produktes». Der Rückruf der Masken in Bayern sei der Armeepotheke nicht bekannt gewesen.

## Maskenkäufe der Armee in der Kritik

Als die Pandemie Anfang 2020 begann, hatte die Schweiz kaum Masken vorrätig. Die Armeepotheke wurde über Nacht mit Grosseinkäufen zu schwierigsten Bedingungen beauftragt. Sie schaffte es zwar, Masken zu beschaffen, jedoch zu sehr hohen Preisen von bis zu 9.90 Franken pro Atemschutzmaske und 1.10 Franken

pro Hygienemaske. Total zahlte die Armeepotheke fast 200 Millionen Franken für Masken.

Doch als die Lager endlich gefüllt waren, hatten sich Spitäler, Heime und Detailhandel schon selber eingedeckt. So war die Nachfrage kleiner als erwartet. Zudem zeigten sich bei verschiedenen Maskentypen Qualitätsprobleme.

Erste Bestände sind nun bereits über dem Verfallsdatum. Im November 2021 zählte die Armee rund 177 Millionen Hygienemasken und 22 Millionen Atemschutzmasken in ihren Lagern. Der nachträglich festgelegte Zielwert für die Hygienemasken für die künftige Pandemievorsorge liegt bei 130 Millionen Stück. (bro)

# Berset macht Hoffnung auf ein baldiges Ende der Zertifikatspflicht

**Forderungen der Wirtschaft** Der Druck wächst, bereits im Februar das Corona-Regime weitgehend aufzuheben.

Der Corona-Kurs des Bundesrats stösst zunehmend auf Widerstand. Morgen wollen Gewerbevertreter sowie bürgerliche Politikerinnen und Politiker ein rasches Ende von Massnahmen wie Homeoffice- und Zertifikatspflicht fordern, wie die «NZZ am Sonntag» berichtet. Federführend seien der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) und dessen Direktor Hans-Ulrich Bigler. An einem raschen Ende der Massnahmen interessiert ist auch die Gastronomie.

Für den Bundesrat ist der Zeitpunkt für weitgehende Lockerun-

gen jedoch noch nicht gekommen. Letzten Mittwoch hat er die seit Mitte Dezember geltenden Einschränkungen wie die 2-G-Regel bis Ende März verlängert. Denn es sei noch nicht sicher, dass die Omikron-Variante zu keiner Überlastung der Spitäler führe, lautete die Begründung von Gesundheitsminister Alain Berset.

Einen Freedom Day fordert hingegen auch SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi. Das Ziel müsse sein, dass die Schweiz in der ersten Märzwoche das Ende aller Corona-Massnahmen feiern könne, sagte Aeschi am Mittwoch gegen-

über «20 Minuten». Dann müsse sogar die Maskenpflicht fallen.

Auch FDP-Ständerat Andrea Caroni versteht nicht, warum der Bundesrat die Einschränkungen bis Ende März statt nur für wenige Wochen verlängerte. Dann sei nämlich bekannt, ob das Gesundheitswesen Omikron gut überstanden habe, sagt Caroni in der «NZZ am Sonntag». Sei dies der Fall, «kann man in kürzester Zeit so ziemlich alles aufheben».

## Vorsichtig optimistisch

Doch auch der Bundesrat selbst will bereits am 2. Februar über

mögliche Lockerungen diskutieren. Dies kündigte Berset am letzten Mittwoch an, nachdem der Bundesrat die Verlängerung der Massnahmen bis Ende März beschlossen hatte. Ende Februar will der Bundesrat die Homeoffice-Pflicht aufheben sowie die Quarantäne für Kontaktpersonen abschaffen. Der Bundesrat sei zudem flexibel und könne rasch reagieren, sagte Berset.

Auch er denkt bereits über ein mögliches Ende der Zertifikatspflicht nach. «Die Zeiten des Zertifikats scheinen sich dem Ende zu nähern», sagt der Gesund-

heitsminister am Samstag im Interview mit der «Schweiz am Wochenende». Gleichzeitig äusserste er sich vorsichtig optimistisch. Die Schweiz sei auf dem Weg zur Besserung, allerdings habe sich das Coronavirus schon mehrmals als unberechenbar erwiesen. Positiv sei, dass Omikron meist weniger schwere Verläufe verursache als frühere Virusvarianten. Gleichzeitig verzeichne die Schweiz im Moment die höchsten Ansteckungszahlen seit Beginn der Pandemie.

Markus Brotschi

## GLP und Die Mitte plädieren für Medienförderung

**Abstimmung** Die Grünliberalen und die Mitte-Partei empfehlen ihren Wählerinnen und Wählern, das Medienförderungspaket anzunehmen. Sie verabschiedeten die entsprechenden Parolen an ihren Delegiertenversammlungen vom Samstag. Allerdings war die Basis bei beiden Parteien gespalten. Die GLP-Delegierten sprachen sich nach einer kontroversen Debatte mit 92 zu 60 Stimmen bei 10 Enthaltungen für die Ja-Parole aus, in der Mitte-Partei wurden 98 Ja- und 67 Nein-Stimmen abgegeben.

Schlanker gingen die Parolenfassungen zu den anderen eidgenössischen Vorlagen vom 13. Februar über die Bühne: Beide Parteien befürworten die Abschaffung der Stempelabgabe und lehnen die Initiative für ein Tier- und Menschenversuchsverbot ab. Die Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» wird von der GLP unterstützt, während die Mitte-Partei sie zur Ablehnung empfiehlt. (red)

## Hochschulen richten Hilferuf an den Bundesrat

**Forschung** Die Präsidenten des ETH-Rats, der Hochschulrektorenkonferenz Swissuniversities und des Branchenverbands Scienceindustries haben sich in einer dringenden Resolution an den Bundesrat gewandt.

Grund dafür sind laut dem «SonntagsBlick» erhebliche Nachteile für den Forschungsstandort, weil die Schweiz vergangenes Jahr als Vollmitglied aus dem europäischen Forschungsprogramm Horizon ausgeschlossen wurde. Zuvor hatte der Bundesrat das EU-Rahmenabkommen beerdigt. Die Unterzeichner der Resolution forderten eine Vollasoziiierung bis Ende 2022 und eine Innovationsoffensive vom Bund. Mit dem Abbruch des Rahmenabkommens sei «die Zukunft der internationalen Vernetzung des Forschungs- und Innovationsplatzes Schweiz in Gefahr», warnen die Autoren der Resolution. (sda)

## Starke Abhängigkeit von russischen Erdgas-Importen

**Energiekrise** Die von Russland ausgelöste geopolitische Krise hat viel grössere Auswirkungen auf die Schweiz als bisher gedacht. So ist die Schweiz beim Erdgas direkt zu 40 Prozent von russischen Importen abhängig. Im Winter ist sie auch indirekt über die Stromlieferungen aus Europa betroffen, wie die «SonntagsZeitung» schreibt. Wenn es in der Ukraine zum Krieg kommt, dann droht demnach auch bei uns eine Stromknappheit. Darum fordert Alpiq-Chefin Antje Kanngiesser im Gespräch mit der Zeitung Gegenmassnahmen.

Mit den Plänen der FDP, neue Atomkraftwerke zu bauen, kann sie allerdings nicht viel anfangen. Kanngiesser verweist auf die drei derzeit bestehenden Neubauprojekte in Europa: «Diese lehren uns, dass sie zu lange dauern, viel teurer sind als ursprünglich geplant und folglich nicht rentieren.» (red)